

Katrin Menke

---

# »Wahlfreiheit« erwerbstätiger Mütter und Väter?

---

Zur Erwerbs- und Sorgearbeit  
aus intersektionaler Perspektive

**Aus:**

*Katrin Menke*

**»Wahlfreiheit« erwerbstätiger Mütter und Väter?**

Zur Erwerbs- und Sorgearbeit  
aus intersektionaler Perspektive

Juni 2019, 306 S., kart., Dispersionsbindung

39,99 € (DE), 978-3-8376-4709-9

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4709-3

Der deutsche Wohlfahrtsstaat hat sich gewandelt - und mit ihm seine Familienpolitik. Doch die vordergründigen Fortschritte und Gleichstellungsgewinne erreichen nicht alle Mütter und Väter gleichermaßen: Zentral für die »Wahlfreiheit« von Eltern bei der Gestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist und bleibt ihre soziale Positionierung nach Geschlecht, Klasse und Ethnizität. Dies zeigen qualitative Interviews mit Müttern und Vätern mit und ohne Migrationshintergrund sowie in unterschiedlichen Beschäftigtengruppen, die exemplarisch im deutschen Krankenhausesektor geführt wurden.

Durch die Verknüpfung einer intersektionalen Perspektive mit Wohlfahrtsstaatenforschung zeigt Katrin Menkes Studie, wie soziale Ungleichheiten zwischen Müttern und Vätern gegenwärtig (re-)produziert und legitimiert werden. Dabei fällt auf: statt als Sorgetragende werden Mütter und Väter von der Familien- und Sozialpolitik primär als Wirtschaftssubjekte adressiert.

**Katrin Menke**, geb. 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen und Mitglied der Forschungsgruppe »Migration und Sozialpolitik«. Die Sozialwissenschaftlerin studierte in Düsseldorf und Berlin und promovierte im Kolleg »TransSoz: Leben im transformierten Sozialstaat« der Universität Duisburg-Essen, der Technischen Hochschule Köln und der Hochschule Düsseldorf. Ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind soziale Ungleichheiten aus intersektionaler Perspektive, Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Wandel sowie (kritische) Migrationssoziologie und Asylpolitik.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:  
[www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4709-9](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4709-9)

# Inhalt

---

## Dank | 7

## 1 Einleitung | 9

- 1.1 Forschungskontext: Leben im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat | 11
- 1.2 Fragestellungen und Forschungsperspektiven | 13
- 1.3 Gliederung des Buches | 15

## 2 „Wahlfreiheit“ intersektional denken

- Theoretische Perspektiven und Begrifflichkeiten | 19
- 2.1 Soziale Ungleichheiten intersektional gefasst | 19
- 2.2 Wohlfahrtsstaatlichkeit aus intersektionaler Perspektive | 46
- 2.3 Familienpolitik als Politik der „Wahlfreiheit“ | 65

## 3 „Wahlfreiheit“ intersektional erforschen

- Zur methodologischen und methodischen Vorgehensweise | 85
- 3.1 „Wahlfreiheit“ als Handlungsmöglichkeiten in Entscheidungssituationen | 86
- 3.2 Die Rekonstruktion von „Wahlfreiheit“ in Entscheidungssituationen aus intersektionaler Perspektive | 88
- 3.3 Die Erhebung von Wahlmöglichkeiten durch episodische Interviews | 100
- 3.4 Feldzugang und Auswahl der Interviewpersonen | 103
- 3.5 Der deutsche Krankenhaussektor als Forschungsfeld | 107

## 4 Manifestationen von „Wahlfreiheit“ in der Empirie

- Zur Bedeutung von (Quasi-)Solidargemeinschaften, betrieblichen Tauschverhältnissen und Mehrfacherwerbstätigkeit | 125
- 4.1 (Quasi-)Solidargemeinschaften im Kontext von Paarbeziehung, Familien, sozialen Netzwerken und bezahlten Dienstleistungen im Privathaushalt | 125
- 4.2 Individuelle Tauschverhältnisse im betrieblichen „Mikrokosmos“ | 173
- 4.3 Mehrfachbeschäftigung zwischen Alternativlosigkeit und Normalisierung | 214

**5 „Wahlfreiheit“ erwerbstätiger Mütter und Väter im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat aus intersektionaler Perspektive | 245**

5.1 Klasse in ihren Verschränkungen | 246

5.2 Geschlecht in seinen Verschränkungen | 254

5.3 Ethnizität in ihren Verschränkungen | 261

**6 Fazit | 267**

**Literaturverzeichnis | 279**

**Anhang | 301**

# 1 Einleitung

---

Soziale Ungleichheiten müssen sowohl mehrdimensional als auch relational betrachtet werden. Diese Erkenntnis scheint auch den soziologischen Mainstream erreicht zu haben. In jüngeren, viel beachteten Publikationen werden soziale Ungleichheiten wieder stärker in den Kontext kapitalistischen Wirtschaftens und damit politischer Ökonomie gestellt und auf die Verwobenheit von Klassengesellschaften mit geschlechts- und ethniespezifischen Exklusionen sowie die damit einhergehenden wechselseitigen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse hingewiesen – ob es sich dabei um die Analyse der Abstiegsellschaft im Postwachstumskapitalismus (Nachtwey 2016) oder der Externalisierungsgesellschaft westlich-kapitalistischer Konsumgesellschaften (Lessenich 2016) handelt. Dabei knüpfen diese Analysen wenn überhaupt implizit als explizit an die feministische Gesellschaftskritik bzw. deren intersektionalen Weiterführungen an.

Explizit intersektionale Perspektiven auf soziale Ungleichheiten insgesamt bzw. ihre einzelnen Aspekte stehen weniger im wissenschaftlichen Rampenlicht. Dies ist verwunderlich, bieten sie doch neue Zugänge und tiefgründiges Analysepotenzial für die gegenwärtigen komplexen und ambivalenten gesellschaftlichen Entwicklungen im Hinblick auf soziale Ungleichheiten. So verlaufen soziale Ungleichheiten in Deutschland nicht (mehr) entlang eines gedachten Oben und Unten einer Klassengesellschaft, sondern kreuz und quer durch die Gesellschaft. Passé scheint die vordergründige Spaltung der Arbeitsgesellschaft in die zahlreichen (männlichen, autochthon-deutschen) Beschäftigten mit unterschiedlichem beruflichen Status und Einkommen und Arbeitslose. Relevanter für soziale Ungleichheiten erscheinen die Unterschiede zwischen atypischen Beschäftigten und Personen in so genannten Normalarbeitsverhältnissen – dies jedoch zunehmend losgelöst von beruflicher Qualifikation, Berufserfahrung oder dem bis dato bekannten Leistungsprinzips. Zeitgleich bahnen sich neue Formen eines arbeitsgesellschaftlichen Leistungsprinzips ihren Weg innerhalb der Erwerbsarbeit (vgl. Aulenbacher et al. 2017: 21). Soziale Ungleichheiten verlaufen auch nicht

(mehr nur) stur entlang von Geschlechtergrenzen, also zwischen heterosexuellen Männern und Frauen. Die erkämpften Emanzipations- und Gleichstellungsgewinne gebildeter, weißer Frauen der gehobenen Mittelschicht der letzten zwei Jahrzehnte scheinen sich – dies zeigt bereits das Zitat von Laurie Penny im Einband – vor allem auf die Partizipation von Frauen und Müttern an der bezahlten Erwerbsarbeit zu beschränken. Die Bedeutung von Geschlecht wird dabei neuerdings auch durch Sozial- und Familienpolitik auf widersprüchliche Art und Weise zugleich de- und reaktiviert (vgl. Pühl 2004), auch im Hinblick auf die darin eingelassenen Heteronormativismen (vgl. Woltersdorff 2008). Feministisch inspirierte Autor\*innen sprechen wahlweise von einer selektiven oder exklusiven Emanzipation (vgl. Auth et al. 2010, Faharat et al. 2006). Die negativen Folgen dieser einseitigen Emanzipationsperspektiven werden jedenfalls von den Anderen – das sind u.a. nicht-weiße, nicht-deutsche, nicht-gebildete Frauen – getragen. Schließlich bleibt auch die Betrachtung sozialer Ungleichheiten allein im Hinblick auf nationalstaatliche Grenzen und rassistische Grenzziehungsprozesse unvollständig, wenn Personen ausschließlich entlang eines (zugeschriebenen) Migrationsstatus betrachtet, Ausländer\*innen und Inländer\*innen, Geflüchtete und Einheimische berücksichtigt bzw. unterschieden werden. Nationale Grenzen, allen voran jene innerhalb der Europäischen Union (EU), haben einerseits scheinbar ihre Bedeutung verloren und ungekannte Mobilitätsmöglichkeiten auf einem politisch konstruierten, kapitalistischen Binnenmarkt eröffnet. Andererseits hat das Europäische Grenzregime zeitgleich eine höchst selektive, mehrstufige und allen voran rassistische, sexistische sowie klassistische europäische Mobilitätsordnung nach Außen etabliert, deren Wirkung weit über die Grenzen der EU hinausreichen (Hess et al. 2017: 6). Personen verfügen über höchst selektive Möglichkeiten, mobil zu sein und sie überschreiten Grenzen bereits mit einer spezifischen sozialen Positionierung, als homosexuelle Frau oder heterosexueller Mann, mit viel oder wenig kulturellem, sozialen und/oder ökonomischen Kapital. Selbst die prinzipiell universal geltenden „Menschenrechte haben eine Nationalität, einen sozialen Status und nicht zuletzt ein Geschlecht“, befindet Scherschel (2015: 95).

Was deutlich geworden sein sollte: Nicht erst seit den jüngeren politischen Transformationen und gesellschaftlichen Umbrüchen muss jede Analyse sozialer Ungleichheiten zu kurz greifen, die Personen ausschließlich entlang einer Facette ihrer sozialen Positionierung innerhalb der Gesellschaft betrachtet, als Frau, als asylantragstellende Person, als gesuchte Fachkraft. Eine Person ist stets alles zugleich – und noch viel mehr. Diese wechselseitigen Verwobenheiten verschiedener Facetten ein und derselben Person stehen in Relation zu den Anderen, werden im Kontext einer spezifischen politischen Ökonomie, kurzum einer kapi-

talistisch-wohlfahrtsstaatlich verfassten Gegenwartsgesellschaft wie der unsrigen mal relevant gesetzt und mal nicht. Erst die intersektionale Betrachtung einer so gefassten sozialen Positionierung lässt, dies ist die hier vertretene Auffassung, ein ganzheitliches Bild im Hinblick auf soziale Ungleichheiten im deutschen Wohlfahrtsstaat zu.

Die vorliegende Arbeit ist der Versuch, soziale Ungleichheiten im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat konsequent intersektional zu erfassen und zu erforschen. Im Fokus der exemplarischen Analyse stehen abhängig beschäftigte Mütter und Väter im deutschen Krankenhaussektor sowie deren „Wahlfreiheit“ in Entscheidungssituationen im Hinblick auf die Organisation, Gestaltung und Verteilung von paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit. Inwiefern ermöglicht oder verunmöglicht die soziale Positionierung von Müttern bzw. Vätern entlang der Kategorien-Trias Geschlecht, Ethnizität und Klasse Wahlmöglichkeiten in einzelnen beruflichen und privaten Entscheidungssituationen? Und in welchem Zusammenhang stehen die unterschiedlichen Optionen der Lebensführung von Eltern mit dem gewandelten Wohlfahrtsstaat in Deutschland, der weiterhin nationalstaatlich verfasst, kapitalistisch organisiert und auf der Gegenüberstellung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit beruht, sich gleichwohl neuen Paradigmen verschrieben hat?

## **1.1 FORSCHUNGSKONTEXT: LEBEN IM TRANSFORMIERTEN DEUTSCHEN WOHLFAHRTSSTAAT**

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist eine spezifische Lesart des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaates in Deutschland. Sozialpolitik in Deutschland hat sich transformiert<sup>1</sup> und neuen Paradigmen verschrieben, die sich gegenseitig bedingen. Zu den neuen wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien zählen Aktivierung, Eigenverantwortung sowie Autonomie- bzw. Selbstbestimmung (vgl. Klammer et al. 2017, Götsch/Kessl 2017, auch Lessenich 2008). Im Paradigma der Aktivierung wird deutlich: „Ziel politischer Steuerung ist die pro-aktive Lebensführung jeder\_r Einzelnen“, schreiben Götsch/Kessl (2017: 182). Dabei kommt es zu einer unauflösbaren Verknüpfung von Eigeninteresse und Gemeinwohl nach dem Motto, gut für das Individuum ist, was im Interesse der gesellschaftlichen Gemeinschaft ist. Stephan Lessenich (2008) hat das die Neuerfindung des Sozialen genannt. In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Erwerbsarbeit für

---

1 Zum Begriff und Konzept der Transformation siehe Götsch/Kessl (2017): 187.

den\*die Einzelne\*n gestiegen. Sie ist Voraussetzung der individuellen Existenzsicherung geworden. Sozialstaatliche Aktivierung bedeute folglich die (Re-) Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt (Götsch/Kessl 2017: 182). Im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung werden neben Arbeitslosen und Jugendlichen inzwischen auch Eltern, allen voran autochthon deutsche Frauen und Mütter von Kindern ab dem Alter von drei Jahren aktiviert.

Das Paradigma der Eigenverantwortung überträgt die Verantwortung u.a. im Hinblick auf Vorsorge (Alter, Gesundheit), Fürsorgeverantwortung und Integration in den Arbeitsmarkt zunehmend auf das einzelne Individuum. Zeitgleich folgen diese Bereiche immer mehr einer ökonomischen Logik. Ökonomisches Denken und Handeln von Subjekten wird zur Voraussetzung für das eigene Leben (vgl. Götsch/Kessl 2017: 183). Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem Rückzug des Staates. Vielmehr werde der Markt als Orientierungsfolie für die Organisation von Gesellschaft und (Sozial-)Politik re-produziert (Götsch/Kessl 2017: 184). Dies zeigt sich beispielhaft auch in der gegenwärtigen Familienpolitik, die sich zwar aktiv für eine familienfreundliche Arbeitswelt einsetzt, jedoch stets mit ökonomisierten Argumenten gegenüber der Wirtschaft auftritt und die Notwendigkeit für sorgerechte Erwerbsarbeitsbedingungen u.a. mit dem Mangel an (weiblichen) Fachkräften begründet (vgl. Leitner 2008). Familienpolitik betrachtet Eltern als Wirtschaftssubjekte, weniger als Sorgetragende (vgl. Menke 2016).

Das Autonomie- bzw. Selbstbestimmungsparadigma räumt den Adressat\*innen von Sozialpolitik Wahl- und Mitbestimmungsmöglichkeiten ein, etwa durch die Ermöglichung von „Wahlfreiheit“ zwischen häuslicher und öffentlicher Kinderbetreuung (vgl. Klammer et al. 2017: 10). So fand diese gesellschaftliche Debatte zuletzt etwa rund um die Einführung des Betreuungsgeldes im Jahr 2013 statt. Zwar ist das Betreuungsgeld 2015 abgeschafft worden, der familienpolitische Begriff der „Wahlfreiheit“ – international unter dem Schlagwort „choice“ diskutiert – lässt sich jedoch auch in größere wohlfahrtsstaatliche Kontexte einordnen. Denn die Frage nach „Wahlfreiheit“ von Eltern berührt letztlich die grundlegende Frage der Organisation und Gestaltbarkeit paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit. Diskussionen seitens der Politik um Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf machen diese nicht nur möglich, sondern auch erwartbar – gerade im Kontext des vorher Beschriebenen. Entscheidungen von Müttern und Vätern wirken dann „wie das Ergebnis eines autonomen Entscheidungsprozesses und nicht mehr als Ausdruck gesellschaftlicher Erwartungen an Frauen und Männer, wie dies noch für die geschlechterspezifischen Positionszuweisungen im Sozialstaat der 1950er und 60er Jahre der Fall war“ (Götsch/Kessl 2017: 185). Wohlfahrtsstaatliche Strukturen und die Frage, wem sie was



ermöglichen und wem nicht, geraten durch das Autonomie- und Selbstbestimmungsparadigma und dem Schlagwort „Wahlfreiheit“ jedoch aus dem Blick.

In der Zusammenschau der gewandelten wohlfahrtsstaatlichen Paradigmen ergibt sich ein höchst anspruchsvolles und zugleich widersprüchliches Bild für ein Leben im transformierten Wohlfahrtsstaat Deutschland. Subjektive soziale Praktiken sind mit sozialpolitischen Inkonsistenzen und Inkohärenzen konfrontiert (vgl. Klammer et al. 2017: 11) und werden durch sie gleichsam hervorgebracht. Offen bleibt die Frage, wie sich die Alltagspraktiken von Subjekten, auch im Lebensverlauf, unter diesen Umständen realisieren und mit welchen Nebenefekten und Ambivalenzen sie einhergehen (Götsch/Kessler 2017: 185, Klammer et al. 2017: 11). Die Erforschung der Alltagspraxen und Bewältigungsweisen von Müttern und Vätern im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat als Adressat\*innen von Sozialpolitik steht insofern im Zentrum dieser Forschungsarbeit.

## **1.2 FRAGESTELLUNGEN UND FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN**

Das vorliegende Dissertationsprojekt fokussiert auf „Wahlfreiheit“ erwerbstätiger Mütter und Väter mit schulpflichtigen Kindern, die Erwerbs- und Sorgearbeit gleichzeitig nachkommen. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die „Wahlfreiheit“ für Mütter und Väter im Hinblick auf parallele Erwerbs- und Sorgearbeit im gewandelten Wohlfahrtsstaat darstellt und inwiefern „Wahlfreiheit“ durch die intersektionalen Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnizität beeinflusst ist. Es wird davon ausgegangen, dass bestehende intersektionale Ungleichheiten im gegenwärtigen Wohlfahrtsstaat auf unterschiedliche und neuartige Art und Weise (re-)produziert werden. Daraus resultieren, so die Annahme, unterschiedliche Optionen der Lebensführung im Hinblick auf die Realisierung paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit sowie selektive Handlungsmöglichkeiten von Müttern und Vätern in konkreten Entscheidungssituationen. Elterliche „Wahlfreiheit“ wird insofern gleichzeitig ermöglicht und verunmöglicht und dies höchst selektiv. Das Begriffsverständnis von „Wahlfreiheit“ folgt in dieser Arbeit dabei einer eigenen Definition. Nach dem hier vorgelegten Verständnis bedeutet „Wahlfreiheit“ subjektiv wahrgenommene, individuelle Wahlmöglichkeiten von Müttern bzw. Vätern im Hinblick auf die Gestaltung, Verteilung und Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit. Die Realisierung von elterlicher „Wahlfreiheit“ bewegt sich dabei grundsätzlich im wohlfahrtsstaatlichen Spannungsfeld von Staat, Markt und Familie (vgl. Esping-Andersen 1990, Orloff 1993), welches von spezifischen und zugleich gewandelten Geschlechter-, Erwerbsarbeits- und Migrati-

onsregimen geprägt ist. Die gegenwärtige deutsche Familien- und Arbeitsmarktpolitik nimmt für die vorliegende Analyse insofern einen hervorgehobenen Stellenwert ein.

Zentrale Forschungsperspektive zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragestellungen ist eine soziologisch-intersektionale Analyse. Wie bereits zu Beginn angedeutet, geht mit einer intersektionalen Analyse die Berücksichtigung sich wechselseitig bedingender sozialer Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität und Klasse einher, die gleichsam als historisch gewachsen und gesellschaftlich konstruiert gefasst werden. Verwoben sind diese Kategorien jedoch nicht nur untereinander, sondern auch mit bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen im Kontext kapitalistisch organisierter Gesellschaften. Soziale Ungleichheiten werden nicht als zufälliges Nebenprodukt verstanden, sondern als inhärenter Bestandteil und notwendige Voraussetzung für kapitalistisches Wirtschaften (vgl. Aulenbacher et al. 2012, Winker/Degele 2009).

Als Forschungsperspektive kann darüber hinaus gelten, was zuvor als Adressat\*innen-Perspektive angedeutet wurde. Gemeint ist, dass Subjekte zum konsequenten Ausgangspunkt der hier vorgelegten Forschung gemacht wurden. Dies ist angesichts des Forschungsgegenstandes, dem transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat, seiner Familien- und Arbeitsmarktpolitik, keine Selbstverständlichkeit, berücksichtigen sozialpolitische Analysen in der Regel die Wirkungsweisen sozialpolitischer Strukturen und Leistungen auf institutioneller Ebene (vgl. Klammer et al. 2017: 15, Götsch/Kessl 2017: 189). Damit werden die subjektive Sichtweise und deren häufig ambivalente, widersprüchliche oder auch widersinnige Praxen ausgeblendet. Demgegenüber verortet sich dieses Dissertationsprojekt im Umfeld der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit sowie der Arbeits- und Geschlechtersoziologie, die eine stärker akteur\*innen- bzw. subjektbezogene Perspektive voranstellt. In der Perspektive der sozialpädagogischen Adressat\*innenforschung wiederum stehen die Herausforderungen konkreter Adressat\*innen(-gruppen) und Nutzer\*innen(-gruppen) und damit deren Alltagsbewältigung im Fokus des Forschungsinteresses (vgl. ebd.), allerdings häufig ohne (ausreichende) Berücksichtigung eines sozialpolitischen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Kontextes. Dieser ist jedoch nicht neutral gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen, sondern setze durch die Ausgestaltung von Leistungen Anreize bzw. belohne oder bestrafe bestimmte Lebensformen und Lebensweisen (Klammer et al. 2017: 17). Auch die Arbeits- und Geschlechtersoziologie erforscht, ausgehend vom einzelnen Subjekt, die Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Widersinnigkeit von Alltagspraxen, allerdings häufig in größeren, gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, und selten mit Fokus auf (gewandelte) Wohlfahrtsstaatlichkeit. Das hiesige Forschungsinteresse gilt insofern der Rekonstruk-

tion der Alltagspraxen und handlungsleitenden Deutungsmustern von erwerbstätigen Müttern und Vätern, die durch sozialstaatliche Leistungen und Programme neuerdings auf spezifische Art und Weise adressiert werden. Diese Rekonstruktion von Praxis mit Fokus auf Wahlmöglichkeiten in konkreten beruflichen und privaten Entscheidungssituationen wurde aus einem intersektionalen Blickwinkel realisiert.

Empirische Grundlage der vorliegenden qualitativ-rekonstruktiven Forschungsarbeit sind 19 narrative Interviews mit heterosexuellen Müttern und Vätern mit und ohne Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Beschäftigtengruppen und mit unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen im deutschen Krankenhaussektor, die methodologisch und methodisch mit der Grounded Theory, der intersektionale Mehrebenenanalyse nach Winker/Degele (2009) sowie dem intersektionalen Analyserahmen nach Riegel (2010) ausgewertet wurden.

### **1.3 GLIEDERUNG DES BUCHES**

Die Arbeit gliedert sich in vier Blöcke. Im Anschluss an die Einführung werden zunächst die theoretischen Perspektiven und Begrifflichkeiten dieser Forschungsarbeit dargestellt und erläutert. Wie lässt sich „Wahlfreiheit“ intersektional denken bzw. konzeptualisieren? In Kapitel 2 werden dafür das hier vertretene intersektionale Verständnis sozialer Ungleichheiten inklusive theoretische Erläuterungen zu den Ebenen und Kategorien dargestellt, die vor dem Hintergrund der intersektionalen Folie in dieser Studie relevant sind. Im Anschluss daran finden sich theoretische Perspektiven auf den hier verwandten Begriff von Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie Erörterungen zur gegenwärtigen Familienpolitik, die als Politik der „Wahlfreiheit“ gefasst wird. Neben einer Beschreibung der historischen Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Familienpolitik finden sich hier auch Verweise zu den Forschungssträngen im Hinblick auf betriebliche Familienpolitik sowie Debatten zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Bezug auf „Wahlfreiheit“ von erwerbstätigen Müttern und Vätern. Abschließend findet eine Verortung des Konzeptes von „Wahlfreiheit“ im politisch-öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs statt, auch unter Verweis auf internationale Debatten.

Kapitel 3 wendet sich der empirischen Umsetzung der Forschungsfragen zu und etabliert eine eigene Begriffsbestimmung jenseits der aufgezeigten politischen Debatten. Wie lässt sich „Wahlfreiheit“ operationalisieren, um es erforschen? Zur methodologischen und methodischen Vorgehensweise zählt eine subjektbezogene Rekonstruktion von Wahlmöglichkeiten in Entscheidungssituatio-

nen. Der intersektionale Analyseanspruch fand in dem intersektionalen Analyse-  
rahmen nach Riegel (2010) seine methodische Entsprechung. Schließlich wird  
erläutert, wie die Wahlmöglichkeiten von Müttern und Vätern erhoben und In-  
terviewpersonen gesucht bzw. gefunden wurden. Kapitel 3.5 wendet sich im An-  
schluss daran dem deutschen Krankenhaussektor als spezifischem Forschungs-  
feld zu. In diesem Kontext wird unter anderem auch erläutert, warum es zu die-  
ser Eingrenzung auf Beschäftigte des Krankenhaussektors in der Gesundheits-  
branche kam.

Die empirischen Ergebnisse als Manifestationen von mehr oder weniger  
„Wahlfreiheit“ werden in Kapitel 4 aufgeführt. Dabei gliedert sich die Empirie  
zunächst entlang der aus dem Material entnommenen Konzepte, die zu drei zen-  
tralen Ergebnissen verdichtet wurden. Von Bedeutung für die Frage elterlicher  
Wahlmöglichkeiten in beruflichen und privaten Entscheidungssituationen stell-  
ten sich insofern (Quasi-)Solidargemeinschaften im Kontext von Partnerschaft,  
Familien, sozialen Netzwerken und Dienstleistungen im Privathaushalt (Kap.  
4.1.), individuelle Tauschverhältnisse im betrieblichen „Mikrokosmos“ (Kap.  
4.2.) sowie Mehrfachbeschäftigung zwischen Alternativlosigkeit und Normali-  
sierung (Kap. 4.3) heraus. Diese Konzepte werden jeweils ausführlich in ihren  
jeweiligen Kontexten, Bedingungen, Interaktionen, Strategien und Konsequen-  
zen beschrieben und in Relation zu den elterlichen Wahlmöglichkeiten gestellt.

Kapitel 5 vollzieht dann eine intersektionale Wendung und gliedert die Er-  
gebnisse entlang der drei, im Fokus stehenden intersektionalen Kategorien Klas-  
se, Ethnizität und Geschlecht. Dabei wird auch eine Brücke zu theoretischen  
Perspektiven geschlagen. Um den interdependenten Wechselwirkungen der Kat-  
egorien gerecht zu werden, werden diese in ihren jeweiligen Verschränkungen  
dargestellt. Dieser zusätzliche Analyseschritt macht deutlich, welchen Mehrwert  
eine intersektionale Perspektive auf empirische Ergebnisse bereithält.

Das Fazit rekapituliert das Forschungsvorhaben und ordnet die Ergebnisse in  
einen größeren Kontext ein, unter anderem durch das Aufzeigen notwendiger  
Schlussfolgerungen für die verschiedenen Theoriestränge ebenso wie für die  
deutsche Familien- und Gleichstellungspolitik.

Diese Arbeit, das sei abschließend gesagt, versteht sich als soziologische Per-  
spektive auf die Lebensrealität erwerbstätiger Mütter und Väter im Kontext des  
transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat und räumt dem empirischen Material  
samt der Originalzitate der Interviewpersonen einen entsprechend großen Stellenwert ein. Die intersektionale Perspektive auf die Frage nach der „Wahlfreiheit“ von Eltern ist der Versuch, die bisher noch wenigen empirisch basierten intersektionalen Analysen anzureichern und den Forschungsgegenstand intersekti-

onaler Ansätze auf wohlfahrtsstaatliche Strukturen, Leitbilder, Normen und Werte sowie dadurch möglich bzw. unmöglich gemachte Identitäten und Existenzformen auszuweiten. Inwiefern dies gelungen ist, müssen im Folgenden andere beurteilen.